

Fritz Bauer in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte

Veranstalter: Fritz Bauer Institut

Datum, Ort: 21.10.2012-22.10.2012, Frankfurt am Main

Bericht von: Jenny Jung, Frankfurt am Main

Mit der Tagung „Fritz Bauer in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte“ hat das Fritz Bauer Institut wichtige Fragen der deutsch-jüdischen Intellectual History ins Zentrum gerückt. Die Beiträge der Tagung kreisten dabei nicht nur um die Frage nach einem *Warum* der Rückkehr bzw. Einwanderung nach Deutschland, in das Land der Täter. Sondern sie kreisten auch um die Situation in der deutschen Nachkriegsgesellschaft für Remigranten und Remigrantinnen, für deutsch-jüdische Intellektuelle und für Auschwitz-Überlebende, welche sich als ein fragiles Changieren zwischen Netzwerk und Isolation herausstellte. Dabei lag der Schwerpunkt der Reflexionen auf ‚jüdischen‘ Verfolgten – jenen die sich selbst als solche bezeichneten wie beispielsweise Joseph Wulf, oder aber jenen, die wie Fritz Bauer ihr Jüdischsein nicht thematisierten, damit aber immer wieder konfrontiert wurden. Dies nicht zuletzt, weil sie in unterschiedlichen Bereichen an der Aufklärung über die Verbrechen des Holocaust und der finanziellen Wiedergutmachung arbeiteten und dabei weniger auf Zustimmung und Unterstützung stießen, als auf Hürden, Skepsis und Ablehnung.

DETLEV CLAUSSEN (Frankfurt am Main) entwickelte in seinem Vortrag drei Perspektiven auf ein ‚entre nous‘, ein ‚unter uns‘, das sich zwischen den drei Remigranten Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Fritz Bauer in der deutschen Nachkriegsgesellschaft zeigte. Trotz ihrer Gegensätzlichkeit, so die These Claussens, entstand durch ihre Arbeit an der „Entbarbarisierung der Gesellschaft“ ein Gemeinsames, welches erst die Betrachtung eines ‚uns‘ möglich macht. Alle drei Remigranten hätten auf ihre Weise die schon damals zur Farce sich gerierenden Vergangenheitsbewältigung und das ‚Schuldgetue‘ (Horkheimer) der Deutschen kritisiert. Claussen wies auf die enge theoretische Verknüpfung der Schrif-

ten von Bauer und Adorno hin. So seien die Arbeiten über die Strafrechtsreform oder die gesetzlichen Kontinuitäten, wie beispielsweise das Homosexuellen-Gesetz, nicht ohne die Arbeiten des jeweils anderen denkbar gewesen. Weiterhin führte Claussen aus, dass für die nach Deutschland Zurückgekehrten klar gewesen sei: „Die Mörder sind unter uns“ (Filmtitel von 1946). So habe das Private eine besondere Bedeutung als schützender Rückzugsbereich erhalten. Die dritte Perspektive vollzog sich Claussen zufolge in der gemeinsamen Exilerfahrung und einem damit verbundenen remigrantischen ‚unter uns‘. Alle drei seien sich der Begrenztheit ihres Tuns bewusst gewesen. Dennoch gälte es im Sinne eines neuen von Adorno formulierten kategorischen Imperativs, den Hitler den Menschen aufgezwungen hat: „Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“¹ Bauer habe den ersten Artikel des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – eben in diesem Sinne und nicht als positivistische Tatsachenbehauptung verstanden. Als Etwas das erst herzustellen wäre ließ er ihn am Gebäude des Landgerichts in Frankfurt am Main anbringen.

Anders als Horkheimer und Adorno, die sich laut Claussen nicht als Mahner im Sinne der re-education verstanden hätten, sähen sich Überlebende der Konzentrations- und Vernichtungslager wie Heinz Galinski, Simon Wiesenthal, Hermann Langbein und H. G. Adler. Den beiden Letzteren widmete KATHARINA STENGEL (Frankfurt am Main) ihren Vortrag. Ohne Langbein, Adler und deren Zusammenarbeit mit Fritz Bauer wären die entscheidenden Prozesse gegen die SS-Angehörigen Hermann Krumei und Otto Hunsche sowie die Frankfurter Auschwitz-Prozesse wohl nie zustande gekommen. In ihrer Gegenüberstellung von Bauer auf der einen Seite und Langbein und Adler auf der anderen Seite gelang es Stengel ein lebendiges Bild der Diskussionen und Schwierigkeiten zu zeichnen, die sich gerade für jene ergaben, die für eine restlose Aufklärung der Verbrechen der Shoah einstanden. Opfer und Geschädigte übernahmen, so Sten-

¹Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, GS Bd. 6, S. 358, Frankfurt am Main 1970.

gel, bei den Ermittlungen selbst eine wichtige Rolle: sie machten weitere Zeuginnen und Zeugen ausfindig und suchten nach Tätern. Langbein, Adler und andere arbeiteten als wissenschaftliche Sachverständige und veröffentlichten Studien und Dokumente über die Verbrechen des Holocaust. Dabei stießen sie auf Seiten der Überlebenden oftmals auf eine ablehnende Haltung der deutschen Justiz gegenüber, die in Kontinuität zum Nationalsozialismus gesehen wurde. Bauer andererseits sah sich in seiner Rolle als Generalstaatsanwalt als Vertreter jener Justiz und war mit anderen großen Schwierigkeiten konfrontiert. Die deutsche Justiz sei mit der ihr aufgebürdeten Aufgabe völlig überfordert gewesen. Der Justiz sei bei der Durchführung der NS-Prozesse die Rolle der historischen Forschung zugekommen, indem sie vergangene Ereignisse und Verbrechen erstmals recherchieren ließ. Keine andere Instanz habe diese Aufgabe in der Nachkriegszeit übernommen. Gewiss war die fehlende Motivation aus den Reihen der Juristen aufgrund eigener Verstrickungen ein zusätzliches Erschwernis für Bauers Arbeit. Besonders im Hinblick auf die Rolle der Zeuginnen und Zeugen in den Prozessen habe jedoch Uneinigkeit bestanden: Langbein und Adler seien davon überzeugt gewesen, dass die Überlebenden mehr einzubringen hatten als lediglich subjektive Tatzeugenschaft. Während für sie festgestanden habe, dass ehemalige Häftlinge durch ihre Zeit im Lager Wissen und Kenntnisse erlangten, die sie zu ‚Experten‘ werden ließen, konnte und wollte Bauer diese Rolle im Prozess nicht akzeptieren. Bauer sei, so Stengel, der Meinung gewesen, dass die bereits vorhandenen schriftlichen Dokumente für eine Verurteilung als Beweise ausreichen müssten. Langbein hingegen habe die Bedeutung der Zeugaussagen für die Feststellung der historischen Wahrheit und die Bedeutung als Quellenmaterial für spätere Forderungen erkannt. Er habe an dieser Stelle die Gelegenheit gesehen so viele Zeug/innen wie sonst nie wieder zu Wort kommen zu lassen, da hierfür später die finanziellen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Stengel beschrieb Bauer den Überlebenden gegenüber als eher distanziert. Er selbst habe kaum über seine Verfolgungserfahrung gesprochen und nutzte die

Justiz wohl als Form der Distanzierung zur eigenen Geschichte. Er habe, so Stengel, nicht das subjektive Einzelschicksal gesehen, sondern die kollektive Entmenschlichung.

Die Auseinandersetzung um die Subjektivität bzw. Objektivität der ‚Opfer‘-Perspektive bekam mit dem Vortrag von KLAUS KEMPTER (Heidelberg) zu Joseph Wulf eine wissenschaftshistorische Komponente. Joseph Wulf, der sich selbst als Ostjude bezeichnete, kam in den 1950er-Jahren als Auschwitz-Überlebender nach West-Berlin. Ohne jeglichen Bezug zur deutschen oder deutsch-jüdischen Kultur machte er es sich zur Aufgabe eine jüdische Holocaust-Forschung zu etablieren. Kempter machte dabei deutlich auf welche Widerstände und Hindernisse er dabei nicht nur innerhalb der etablierten Geschichtswissenschaft insbesondere dem Institut für Zeitgeschichte in München (IfZ) stieß, sondern auch von Seiten der marxistischen Faschismus-Analyse. Seine Versuche der Gründung eines Dokumentationszentrums im ehemaligen Haus der Wannseekonferenz sei trotz prominenter Unterstützung durch Wolfgang Abendroth, Alexander Mitscherlich, Henry Ormond, Fritz Bauer, Max Horkheimer und Simon Wiesenthal gescheitert. Wulf sei es darum gegangen neben der deutschen Perspektive auch israelische, jüdische und polnische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wort kommen zu lassen. Dieses Bestreben sei jedoch vom IfZ mit der Begründung der Doppelforschung und Redundanz abgelehnt worden. Dass sich das IfZ damit gleichzeitig unerwünschte Konkurrenz ferngehalten habe ist leicht einsehbar. Eine Aufarbeitung der nicht unumstrittenen Rolle des IfZ stehe allerdings derzeit noch aus. Die Anerkennung der Arbeit Joseph Wulfs habe weder als Opfer noch als Wissenschaftler statt gefunden. Mit der Ende November erscheinenden ersten Biografie Joseph Wulfs ermöglicht Klaus Kempter eine Neubewertung einer der ersten Wegbereiter der Holocaustforschung.

Eine weitere entscheidende Person der juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen war der Rechtsanwalt Henry Ormond. Ohne seine unermüdete Arbeit und seinen persönlichen Einsatz im Fall der Entschädigungsforderung Norbert Woll-

heims gegenüber der I.G. Farben für die von ihm geleistete Zwangsarbeit, hätten die darauf folgenden finanziellen Wiedergutmachungsverfahren kaum eine solche Tragweite erreicht. Als Vertreter der Nebenklage im Frankfurter Auschwitz-Prozess prägte er diesen entscheidend mit. KATHARINA RAUSCHENBERGER (Frankfurt am Main) gelang in ihrem Vortrag durch eine biografische Gegenüberstellung Henry Ormonds und Fritz Bauers eine Schärfung ihrer Profile. Insbesondere die Frage nach der jüdischen Biografie stellte sie ins Zentrum ihres Vortrags. Weniger ging es ihr darum zu diskutieren, inwiefern sie sich als Juden verstanden oder nicht, als vielmehr darum den Handlungsspielraum und die Optionen für einen jüdischen Juristen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft aufzuzeigen. Henry Ormond und Fritz Bauer teilten als Angehörige einer Generation und durch ihre Herkunft aus assimilierten jüdischen Familien viele Erfahrungen. Beide wurden in den 1930er-Jahren im nationalsozialistischen Deutschland verfolgt und inhaftiert. Während sich Bauer jedoch als politisch Verfolgter verstand – er war 1920 der SPD beigetreten –, war diese Erfahrung für Ormond Anlass sich näher mit dem Judentum zu beschäftigen. Beiden gelang rechtzeitig die Flucht; Bauer kam nach Dänemark und Schweden, Ormond nach Großbritannien. Für Ormond war genug geschehen um seinen Namen zu ändern und die deutsche für immer gegen die britische Staatsbürgerschaft einzutauschen. An der Seite der britischen Armee kämpfte er als Soldat gegen die Deutschen und arbeitete nach deren Kapitulation als Pressezensor am Aufbau einer demokratischen Presse mit. Da er die freie Tätigkeit eines Rechtsanwalts gegenüber dem Staatsdienst vorzog, ließ er sich 1950 in Frankfurt am Main nieder. Bauer, der sich in sozialdemokratischen Exilkreisen bewegt hatte, kehrte 1949 nach Deutschland zurück. Über Braunschweig führte ihn schließlich sein Weg als Generalstaatsanwalt 1956 ebenfalls nach Frankfurt. Während Henry Ormond sich seit der Gründung des Staates Israel für dessen Aufbauarbeit einsetzte, so führte Rauschenberger aus, zeigte Fritz Bauer kein besonderes Interesse am ersten und einzigen jüdischen Staat. Dennoch war Bauer unter den ersten

Spendern für Israel nach dem Sechstagekrieg. Nicht vergessen werden darf auch, wie Liliane Weissberg in der darauf folgenden Diskussion betonte, dass Israel nicht im Widerspruch zu einem Leben in Deutschland, sondern als dessen Voraussetzung zu verstehen sei. Rauschenberger führte aus, dass Ormond für Juden in Deutschland keine Zukunft gesehen habe. Für ihn stand fest, dass eine „gegenseitige Beeinflussung“ (Ormond) wie es sie vor der Vernichtung gegeben habe, niemals zurückkehren werde und es für Juden in Deutschland weiterhin nur zwei Optionen gebe: eine absolute Isolierung oder das Vergessen des eigenen Judentums. Bauer hingegen wollte, so Rauschenberger, sich dem von Außen aufgedrückten Stempel der Nazis nicht beugen. In einer Umkehrung des Ausspruchs von Franz Rosenzweig, gelte für Bauer wohl eher der Satz: „Ich bleibe also *nicht* Jude.“ Zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe wurden sie jedoch beide.

Welche Tragweite diese antisemitischen Angriffe auf Fritz Bauer hatten, stellte RONEN STEINKE (München) exemplarisch an den so genannten Interview-Affären dar. Bauer gab in den Jahren 1963 und 1965 verschiedenen dänischen Zeitungen Interviews, die zu einer Welle der Entrüstung in der deutschen Presse und unter deutschen Politiker/innen führte. Inhaltlich ließe sich diese Entrüstung nicht auf die Aussagen Bauers zurückführen, da Bauer sich mehrfach auch in deutschen Medien scharf über die antidemokratische Gesinnung der Deutschen geäußert habe, ohne derartige Reaktionen auszulösen. Daher ließen sich die Vorfälle nur damit erklären, dass Bauer die Kritik nach ‚Außen‘ vor der ‚ausländischen Presse‘ geübt habe. Steinke wies dabei auf die besondere Sprechersituation Fritz Bauers hin und zeigte, dass seine Kritiker ihn immer wieder als ‚Opfer‘ stigmatisierten und ihm damit die Objektivität und ein gleichwertiges Mitspracherecht absprachen. Dabei können verschiedene antisemitische Argumentationsmuster aufgezeigt werden: unter anderem wurde Bauer eine ‚doppelte Loyalität‘ unterstellt und der ‚Jude‘ Fritz Bauer in die Nähe des ‚Kommunismus‘ sowie einer ‚internationalen Presse‘ gestellt.

Während der Tagung stand immer wieder

die Frage im Raum, ob Fritz Bauer mit seinem Tun gescheitert sei. Er sei nach Deutschland zurückgekommen und habe geglaubt seine Identität sei egal. Mit seiner Involviertheit in die Auschwitz-Prozesse sei er jedoch mehr und mehr zum ‚jüdischen Staatsanwalt‘ gemacht worden.

Trotz der schwierigen Quellenlage – Fritz Bauer hat sich zum Beispiel nie direkt zu seinem Verhältnis zum Judentum geäußert – ist es den Vortragenden gelungen ein Relief der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte um Fritz Bauer zu zeichnen, das sowohl die Schwierigkeiten von als jüdisch identifizierten Personen aufzeigte, als auch neue Zusammenhänge erschloss. Dennoch hinterließ die Tagung viele offene Fragen: Wie genau lässt sich das in der Ankündigung postulierte „Netzwerk“ mit der vielfach konstatierten Einsamkeit und Isolation Fritz Bauers und anderer in Verbindung bringen? Welche Formen von Freundschaft und Zusammenarbeit waren damals wichtig? Zur Beantwortung dieser Fragen waren anekdotenhafte Verweise auf die historischen Personen sicher wenig hilfreich. Die Zuflucht in Freundschaften, die Fragilität eines ‚entre nous‘, ein wie auch immer geartetes ‚Netzwerk‘ und eine grobe Isolation von einer skeptischen bis feindseligen deutschen Gesellschaft stehen sich nicht gegenüber. Deren Vermittlung und Bedingtheit wären jedoch noch herauszuarbeiten.

Die bevorstehenden Veröffentlichungen des Fritz Bauer Instituts und die von Monika Boll geplante Ausstellung zu Fritz Bauer im Frankfurter Jüdischen Museum werden die Möglichkeit zur weiteren Auseinandersetzung mit diesen und anderen Fragen hoffentlich bieten. Die Beiträge der Tagung werden im Jahrbuch des Fritz Bauer Instituts 2013 veröffentlicht.

Konferenzübersicht:

Raphael Gross (Fritz Bauer Institut / Jüdisches Museum Frankfurt / Leo Baeck Institute London): Begrüßung

Hessischer Justizminister Jörg-Uwe Hahn: Grußwort

Detlev Claussen (Frankfurt am Main): Unter uns. Die Remigranten Fritz Bauer, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno treffen sich

in Frankfurt

Katharina Stengel (Frankfurt am Main): H. G. Adler und Hermann Langbein: Die schwierige Rolle der Verfolgten in den NS-Prozessen

Katharina Rauschenberger (Fritz Bauer Institut): Recht schaffen und politisch handeln. Fritz Bauer und Henry Ormond – ein Vergleich

Klaus Kempfer (Neuphilologische Fakultät, Universität Heidelberg): Institutionalisierung der Holocaustforschung? Joseph Wulf und das ‚Internationale Dokumentationszentrum‘ am Wannsee

Lena Foljanty (Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main): Die Rechtstheorie Fritz Bauers im Kontext der Diskussionen der Nachkriegszeit

Volker Rieß (Ludwigsburg): Fritz Bauer und die Zentrale Stelle in Ludwigsburg: Personen, Konsens und Dissens

Ronen Steinke (Süddeutsche Zeitung): Fritz Bauer und die Interview-Affären 1963 und 1965

Liliane Weissberg (University of Pennsylvania): Kommentar zur Tagung

Tagungsbericht *Fritz Bauer in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte*. 21.10.2012-22.10.2012, Frankfurt am Main, in: H-Soz-u-Kult 07.12.2012.